

23.06.2011 **Tagebau Inden biegt auf die Zielgerade ein**

Das Verfahren zur **Änderung des Rahmenbetriebsplanes** läuft. Die Anlage des Restsees zieht viele Neuerungen nach sich.

Inden.

Zehn bis 15 Jahre weit reicht der Planungshorizont, den die Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden betrifft. Markus Kosma, Leiter der Tagebauplanung und Umweltschutz bei RWE Power, gab am Dienstag im Indener Gemeinderat einen Überblick zu neuen und geänderten Elementen des Betriebsplanes.



Die rühren vor allem vom 2009 genehmigten Braunkohlenplan her, der statt einer vollständigen Verfüllung mit Abraummassen aus dem Tagebau Hambach zur Wiedernutzbarmachung einen über 1100 Hektar großen See vorsieht. Neben den wasserwirtschaftlichen Belangen, die mit der Anlage des Restsees verbunden sind, wird die artenschutzrechtliche Machbarkeit des Vorhabens als neuer Aspekt neu in den Rahmenbetriebsplan aufgenommen.

Der betrifft insgesamt mehr als 300 Grundstückseigentümer, die bis Ende des Monats die ausliegenden Pläne einsehen und bis Mitte Juli Anregungen oder Einwendungen gegen den Plan vorbringen können. Derzeit läuft zudem die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, die sich ebenfalls im Verfahren äußern können. So wird die Gemeinde Inden, die ebenfalls an dem Verfahren beteiligt ist, in einer Sondersitzung des Planungsausschusses am 20. Juli ihre Stellungnahme zum Rahmenbetriebsplan verabschieden.

Haupt- und Sonderbetriebspläne

Wie Kosma weiter erläuterte, werden aus dem Rahmenbetriebsplan Haupt- und Sonderbetriebspläne entwickelt, die das Voranschreiten des Tagebaus und spezielle Maßnahmen konkret regeln und dem zuständigen Bergamt zur Genehmigung vorgelegt werden. Ab 2014/15 werde mit der Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung begonnen, wobei land- und forstwirtschaftliche Flächen angelegt werden.

Damit dabei genügend Material zur Verfügung steht, werden zwischen 2014 und 2020

rund 60 Millionen Kubikmeter Abraummassen in Höhe Schophoven in speziellen Depots zwischengelagert. Kosma: «Wir müssen dringend sicherstellen, dass die benötigten Massen da sind.»

Insbesondere ist eine Bewirtschaftung der begehrten Lössböden geplant, die für die Rekultivierung landwirtschaftlich genutzter Flächen notwendig sind, die auf Nachfrage von Josef Wirtz (CDU), der auch nach den drohenden Löß-Defiziten fragte, bis 2024 abgeschlossen sein sollen.

Im Zuge der Abbauplanung, die im Uhrzeigersinn rund um den Bandsammelpunkt nördlich von Lamersdorf schwenkt, werden neben der Restseemulde auch die Seezugänge vor den einzelnen Ortslagen, das Böschungssystem sowie eine rund acht Hektar große Flachwasserzone angelegt.

Lucherberger See wird entleert

Zwischen Lucherberg und Merken wird sich nach bisheriger Planung eine flach geneigte Strandzone in den See erstrecken, die bereits fünf Jahre nach Befüllung des Restsees eine frühzeitige Nutzung erlaubt.

Großes Interesse im Gemeinderat fand auch das Vorgehen beim Lucherberger See, dessen Entleerung im Jahr 2020 beginnt und sich bis etwa 2025 hinzieht. Da der Seebereich bereits ausgekohlt ist, werden nur Randbereiche in Anspruch genommen werden. Parallel zum Verschwinden des Gewässers wird die genannte Flachwasserzone nutzbar, die eine ökologische Ausgleichsfunktion erfüllen soll.

Aus aktuellem Anlass interessierte die Politiker im Indener Kommunalparlament auch und vor allem der Immissionsschutz bei Lärm sowie insbesondere Grob-, Schweb- und Feinstaub. Markus Kosma versicherte, dass etwa beim Abraumdepot im nördlichen Bereich des Tagebaus durch Abdeckungen oder Bewuchs versucht werde, Staubabwehungen zu verhindern.

Zukunftsmusik spielte Josef Johann Schmitz (SPD) an, der daran erinnerte, dass der so genannte Masterplan der Entwicklungsgesellschaft Indeland in den Abschlussbetriebsplan des Tagebaus Inden einfließe, der in «zwölf Monaten plus X» auf den Weg gebracht werde.

Inden Bürgermeister Ulrich Schuster sprach nach Jahren immenser Belastungen für die Bevölkerung abschließend mahnende Worte an die Adresse des Bergbautreibenden: «Wir legen großen Wert darauf, dass Sie mit dem Umfeld der Gemeinde schonend umgehen.»

Quelle: Aachener Nachrichten vom 23.06.2011